



141/2004

Kiel, 21. November 2004

## Die Beschlüsse von *Jugend im Landtag 2004*

Kiel (SHL) – *Gut zwei Tage lang haben 70 Jugendliche aus ganz Schleswig-Holstein am Wochenende im Landtag getagt. **Jugend im Landtag** findet seit 1987 jährlich einmal auf Einladung des Landtages in Kooperation mit dem Landesjugendring statt.*

Zu den Themenbereichen Bildung, Umwelt, Gesundheit, Wirtschaft und Außenpolitik wurde eine Vielzahl von Beschlüssen gefasst, die in vier Arbeitskreisen vorbereitet worden waren. Als Gäste waren zwei Vertreter des Kaliningrader Jugendparlamentes und vier Vertreter der Jungen Sptzen (Deutsche Minderheit in Dänemark) dabei. Auch das Altenparlament des Landtages entsandte drei Vertreter, um mit den Jugendlichen zu diskutieren.

Geleitet wurde die heutige Plenarsitzung von Matthias Küsel (21 Jahre, aus Heide) als Präsident und seinen Stellvertretern Marc Werner (15 Jahre, aus Flensburg) und Heiko Kösling (17 Jahre, aus Kappeln). Eingangs hatte Landtagspräsident Heinz-Werner Arens die Jugendlichen ermutigt, sich stärker politisch zu engagieren und einzumischen.

Folgende Beschlüsse wurden gefasst:

### „**Bildung**“

Der Landtag möge beschließen, dass in Schleswig Holstein **verlässliche Grundschulen** eingeführt werden (Schule von 8.00-14.00 Uhr), um Eltern den (Wieder-)Einstieg in den Beruf zu erleichtern.

Die Landesregierung wird aufgefordert, dass eine frühe Auseinandersetzung mit verschiedenen **Religionen im Unterricht** statt findet, dass eine frühe Auseinandersetzung mit **Extremismus** im Unterricht statt findet.

Die Landesregierung soll sicher stellen, dass sowohl in Grund- wie weiterführenden Schulen ein Jahr obligatorischer **Deutschförderunterricht** für deutschschwache Schüler mit anschließender Prüfung eingeführt wird. Bei Nichtbestehen der Prüfung ist eine Wiederholung des Kurses notwendig.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Rechtsfähigkeit und Förderung von **Berufsbildungszentren** sowie den informationstechnischen Ausbau von Jugendzentren und Bibliotheken verstärkt voranzutreiben.

Der Landtag wird aufgefordert, sich für eine stärkere **Förderung von Legasthenikern** anhand besser ausgebildeter Lehrkräfte und einheitlicher Legasthenietests zur Früherkennung von Legasthenie in den Grundschulen einzusetzen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Anerkennung der **Mathematikschwäche (Dyskakulie)** bei Kindern und Jugendlichen vorzunehmen sowie die Entwicklung und Durchführung von Förderungsmaßnahmen zur Früherkennung von Dyskakulie, welche zu einem Abbau dieser Schwäche beitragen, voran zu treiben.

Die **Verschönerung von Schulhöfen**, Klassenräumen und Aufenthaltszonen soll mit finanziellen Mitteln gefördert und Elterninitiativen sollen unterstützt werden.

Für die jüngeren Jahrgänge (5. und 6. Klasse) sollen Informationsveranstaltungen zum **Umgang mit Gewalt und Drogen** durch qualifizierte Institutionen (z.B. Polizeibeirat, Drogenberatungsstellen) durchzuführen,

Jugend im Landtag fordert, dass an Schulen landesweit Unterricht in **Streitschlichtung** gegeben wird, um das Gewaltpotential an Schulen zu senken,

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Schleswig-Holstein an staatlichen Schulen die neuen **elektronischen Medien** flächendeckend bereit zu stellen,

Es wird gefordert, dass der **Bildungsetat** des Landes Schleswig-Holstein **keinen Kürzungen** zur Haushaltskonsolidierung zum Opfer fallen darf, Stattdessen sollen die Möglichkeiten zur Erhöhung des Bildungsetats geprüft und genutzt werden.

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Kindern und Jugendlichen in den allgemeinbildenden Schulen eine bessere Hilfestellung bei typisch jugendlichen Problemen (Suchtberatung, Pubertät, Gewalt im Elternhaus, etc.) in Form von **sozialpädagogischen Mitarbeitern** und der verstärkten Zusammenarbeit mit ortsansässigen Organisationen (z.B. Kinderschutzbund, Blauer Ring, Weißer Ring) zu geben,

Die Landesregierung wird aufgefordert, den von **Mobbing** betroffenen SchülerInnen die Möglichkeit zu geben, an Kursen zur Selbsthilfe teilzunehmen unter Einbeziehung der Täter. Auch sollte eine intensivere Beschäftigung mit diesem Thema im Unterricht die SchülerInnen sensibilisieren.

Der Landtag möge beschließen, in Schleswig-Holstein an allen allgemeinbildenden Schulen bereits in der 5. und 6. Klasse ein **Unterrichtsfach "Medienerziehung und -aufklärung"** einzuführen. Ziel ist es, die Medienkompetenz von Jugendlichen zu erhöhen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, dass in das Landesprogramm "Ziel: Zukunft im eigenen Land" der Schwerpunkt **"Förderung von allgemeinbildenden Schulen"** neu mit aufgenommen und für die Dauer des Programms primär gefördert wird.

Jugend im Landtag möge beschließen, dass der **"Vertretungsfonds zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall"** jährlich um 1% der Gesamtsubventionen des Landes Schleswig-Holsteins aufgestockt wird.

Die Landesregierung wird aufgefordert, Schüler, vor allem der Oberstufe über den **Bologna-Prozess** zu informieren.

Jugend im Landtag fordert, wissenschaftlich begleitende **Untersuchungen zum Modellprojekt "G8"**, d.h. Abitur nach 12 Schuljahren zu veranlassen.

Es wird gefordert, Pädagogik/Psychologie/Didaktik/Methodik als Pflichtfächer für alle **Lehramtsstudiengänge** einzuführen.

Jugend im Landtag fordert,

- **Ganztagschulen** auf freiwilligen Basis in Kooperation mit kommunalen Verbänden einzuführen um einen freiwilligen Besuch zu ermöglichen,
- dass die **Leistungsaufgliederung nach der 4.Klasse** zu früh ist,
- dass nur noch kleine Klassen von **weniger als 25 Schülern** eingerichtet werden,
- dass spielerischer **Sprachunterricht** bzw. Sprachförderung, vor allem Deutsch, in Kindergärten eingeführt wird mit einer verpflichtenden Teilnahme,
- eine angemessenes Budget zur Finanzierung von Programmen zur **Hochbegabtenförderung** zur Verfügung zu stellen.

## „Wirtschaft und Außenpolitik“

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich auf bundesdeutscher und europäischer Ebene dafür einzusetzen, die **Ziele der gemeinsamen EU-Außenpolitik** zu definieren und Mechanismen zu installieren, die ein einheitliches Auftreten im Sinne der europäischen Bevölkerung gewährleisten.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich auf bundesdeutscher und europäischer Ebene für die **Bildung von globalen Mindest-**

**standards in allen Lebensbereichen** einzusetzen, zum Beispiel mit Hilfe einer Finanztransaktionssteuer als Mittel zur Regulierung der Geldströme.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich auf bundesdeutscher und europäischer Ebene dafür auszusprechen, dass **Beitrittsverhandlungen mit der Türkei** geführt werden, ohne dass ein Automatismus in Kraft tritt, der besagt, dass die Türkei nach den Verhandlungen zwangsläufig aufgenommen wird.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich auf bundesdeutscher und europäischer Ebene **gegen eine Volksabstimmung zur EU-Verfassung** auszusprechen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich auf bundesdeutscher und europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass eine Kommission geschaffen wird, die klare Ziele im Bezug auf eventuelle **Grenzerweiterungen**, unter Berücksichtigung auf die weltpolitische Präsenz der europäischen Union, formuliert und die als Leitlinien für die Zukunft gelten sollen. Die Leitlinien werden jährlich überprüft.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, auf bundesdeutscher Ebene darauf zu drängen, dass objektiv nachweisbar alle gesellschaftlichen Schichten zur **Reduzierung der Staatsausgaben** beitragen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich bei Kreisen, Ländern, Bund und Bundesagentur für Arbeit dafür einzusetzen, dass bei **Qualifizierungsmaßnahmen** nicht weiter gespart wird, sondern diese vorrangig an die Träger vergeben werden, die die erforderlichen Qualitätsstandards erfüllen, damit Arbeitslose qualifiziert werden, um schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden zu können. Die Kontrolle über die Qualitätsstandards der Fördermaßnahmen soll von einer unabhängigen Institution überprüft werden.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, sich auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene darum zu bemühen, regionale Instanzen in die Ausweisung von „**Natura 2000**“-**Schutzgebieten** verstärkt einzubeziehen (Subsidiaritätsprinzip), wobei die letzte Entscheidungsgewalt der Europäischen Union unterliegt.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, zu prüfen, ob und wenn ja wie eine flächendeckende Einführung **von Leistungskontrollen im öffentlichen Dienst** (Arbeiter, Angestellte, Beamte) notwendig ist.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, Unternehmen mit (besonderem) Engagement im **Ausbildungssektor** bei öffentlichen Ausschreibungen bevorzugt zu behandeln.

## „Umwelt und Gesundheit“

**Alkohol ab 16 Jahren**

Jugend im Landtag fordert, dass die Erlaubnis zum Alkoholkonsum ab 16 Jahren bestehen bleibt. Ergänzend fordern wir **präventive Maßnahmen**, beginnend in der Grundschule, in Jugendeinrichtungen und in der Öffentlichkeit zur Gefährdung und Schädigung durch Alkohol.

### **Rauchfreie Zonen in öffentlichen Einrichtungen**

Jugend im Landtag fordert, dass öffentliche Einrichtungen rauchfreie Zonen werden. Es sollen abgeschlossene Rauchergebiete oder -räume eingerichtet werden.

### **Legalisierung von Cannabis zu medizinischen Zwecken**

Cannabis soll zu medizinischen Zwecken legalisiert werden. Der Besitz von Cannabis soll entkriminalisiert werden.

### **Kriterien für die Massentierhaltung**

Jugend im Landtag fordert, dass folgende Kriterien zur Massentierhaltung festgelegt werden :

- ausreichende Fläche pro Tier
- Freilauf für alle Tiere
- keine wachstumssteigernden Mittel einsetzen
- keine genetisch veränderten Futtermittel verwenden

### **Kennzeichnung von Nahrungsmitteln**

Jugend im Landtag fordert, dass Kennzeichnungspflicht von Fleisch bezüglich der Kriterien : *Futtermittel, Genmanipulation und Medikation sowie Haltung der Tiere*, sowohl auf Packungen, als auch beim Tresenverkauf so verschärft wird, dass sie für den Verbraucher klar nachvollziehbar sind. Dies soll auch für alle anderen Nahrungsmittel gelten.

### **Genforschung**

Jugend im Landtag fordert, dass eine Aufklärungskampagne gestartet wird, die umfassend über die Risiken und Chancen der Gentechnik informiert. Die Nutzung der Genforschung soll eingegrenzt werden. Genmanipulation soll nur unter streng wissenschaftlichen Aufsichten durchgeführt werden.

### **Alternative Medizin**

Jugend im Landtag fordert, dass langfristig alternative Heilpraktiken in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen werden.

### **Zuzahlung für lebensnotwendige Medikamente**

Der Landtag möge sich dafür einsetzen, dass Medikamente für chronisch Erkrankte von einer Zuzahlung befreit werden.

### **Alternative Energien**

Jugend im Landtag fordert, dass Förderungen der regenerativen Energiegewinnung verstärkt und die Genehmigungsverfahren für entsprechende Anlagen beschleunigt werden. Auch in der Automobilindustrie sollen verstärkt alternative Antriebsformen unterstützt werden, um sie wettbewerbsfähig zu machen.

## „Innenpolitik“

Jugend im Landtag fordert, dass vorbestraften Gewalttätern, Vergewaltigern, Totschlägern und Betrügern nach § 263/a StGB, § 264/a StGB, § 265/a/b StGB keinerlei Bewährung bei Vollstreckung eines rechtskräftigen Urteils gestattet wird.

### **Rechtsradikalismus in der Politik**

Jugend im Landtag fordert die Landesregierung auf, eine medienorientierte Arbeitsgruppe zu bilden, um besonders junge und Erstwählern eine Hilfestellung zur Bewertung von neonationalistischer Politik und deren Folgen zu ermöglichen. Dies könnte beispielsweise in Zusammenarbeit mit der SHZ, dem NDR oder lokalen Radiosendern geschehen.

### **Aufklärungskampagne über Subkulturen**

Jugend im Landtag fordert, dass die Landesregierung eine Kampagne zur Bekämpfung von Vorurteilen gegenüber Subkulturen initiiert.

### **Fortbildungsmaßnahmen für Erzieher etc.**

Jugend im Landtag fordert, sozialen Bezugspersonen wie Erziehern, Lehrern, aber auch den Betreuern im Jugendzentrum sowie Multiplikatoren den Besuch von regelmäßigen Fortbildungsmaßnahmen zum Thema "Frühzeitiges Erkennen von Missständen in der Erziehung" anzuordnen. Missstände können z.B. sein: - Diebstahl, verstärkter Hang zu Aggressionen und antidemokratische Ansichten.

### **Politikverdruss bei Jugendlichen stoppen**

Jugend im Landtag fordert aufgrund des immer stärker werdenden Politikverdrusses bei Jugendlichen, dass das Fach Politik früher in den Lehrplan einbezogen werden muss - spätestens ab dem 9. Jahrgang. Hierbei muss dringend grundlegende Aufklärungsarbeit geleistet werden.

### **Öffentliche Gelder für Jugendförderung**

Jugend im Landtag fordert, dass die öffentlichen Gelder für Jugendförderung nicht mehr gekürzt werden.

### **Einheitliches Fahrkartensystem**

Jugend im Landtag fordert die Einführung eines bundeseinheitlichen Fahrkartensystems im Nahverkehr.

### **Nahverkehr**

Jugend im Landtag fordert, dass deutschlandweit Öffentliche Verkehrsmittel in Bezug auf das Preisniveau attraktiver gestaltet werden.

### **Alkohol im Straßenverkehr**

Jugend im Landtag fordert, dass die Promillegrenze bei Autofahrern von den erlaubten 0,5 Promille auf einen Wert von 0,1 Promille gesenkt wird. Ebenfalls sollen sämtliche alkoholischen Produkte oder Produkte, in denen Alkohol enthalten ist, gekennzeichnet werden.

### **Innere Sicherheit**

Jugend im Landtag fordert, dass durch die erhöhte Präsenz von Polizisten in der Öffentlichkeit das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger gestärkt wird